



Edgar Moron (SPD, l.), Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, mit Landesrat Rainer Kukla in Düren.



Der offene dörfliche Charakter der Forensik-Abteilung in Düren gilt als vorbildlich für den Maßregelvollzug in Europa. Fotos: Schälte

Untersuchungsausschuß

Besuch in Düren und Eickelborn

Unter Leitung des Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) informierte sich der Parlamentarische Untersuchungsausschuß „Forensik“ am 25. Juni und am 10. August über den Maßregelvollzug in den Rheinischen Kliniken Düren und im Westfälischen Zentrum für Forensische Psychiatrie in Lippstadt-Eickelborn.

Am Tag vor dem Ausschlußbesuch in Düren war der im April aus dieser Anstalt geflohenen Gewaltverbrecher Bernd Büch in Hanau gefaßt worden. Die Flucht von Büch sowie „weitere Entweichungen von dem Maßregelvollzug überstellten Straftätern aus dieser und anderen Einrichtungen“ gehören zum Untersuchungsauftrag des Landtagsausschusses, der auf Antrag aller Fraktionen am 29. Mai 1998 eingesetzt wurde (Landtag intern Nrn. 9 und 10/98).

Im Dürener Klinikum tauschten die Fraktionen zunächst in nichtöffentlicher Sitzung kontroverse Standpunkte zu künftigen Zeugenvernehmungen aus. Robert Krumbein (SPD) verteidigte die Reihenfolge, auf die sich SPD und GRÜNE geeinigt hatten. Hermann-Josef Arentz (CDU) hielt es dagegen für falsch, zuerst in ganztägigen Vernehmungen die ehemaligen Minister zu befragen und dann erst die Verantwortlichen der Landschaftsverbände. Der Beweisbeschluß wurde mit der Koalitionsmehrheit gegen die Oppositionsfraktion angenommen. Am 21. August vernahm der Untersuchungsausschuß den früheren Sozialminister Dr. Axel Horstmann. Am 28. August wird, ebenfalls ganztags in öffentlicher Sitzung, sein Amtsvorgänger Franz Müntefering vernommen. Landesrat Rainer Kukla (Dezernatsleiter beim Landschaftsverband Rheinland) erläuterte dann, bei derzeit 700 forensischen Patienten und nur 531 spezialisierten Plätzen in den sieben rheinischen Psychiatrie-Kliniken müßten einige Straftäter in normalen Stationen untergebracht werden. Anschließend führten Kukla und Leitender

Arzt Schellbach die Ausschlußmitglieder in zwei Gruppen durch die „Abteilung für Forensische Psychiatrie“, eine weitläufige Anlage mit 21 Gebäuden außerhalb des Klinikgeländes, die vor zwölf Jahren mit 41 Millionen Mark Landesmitteln fertiggestellt wurde. Ihr offener, persönlicher Charakter mit Grünanlagen, Teich und in die Landschaft integrierter Mauer gilt als vorbildlich in der Bundesrepublik Deutschland, ja sogar im europäischen Ausland. Sie setzte für den LVR einen Schlußpunkt unter jahrzehntelange unwürdige Unterbringung psychisch erkrankter Straftäter.

Im „Dorf für psychisch Kranke“ besichtigten die Abgeordneten die aufgelockerte Bauweise einer Straße mit zweistöckigen Häusern aus Backstein und viel Glas, Werkstätten für Schreinerei und Schlosserei, eine Mehrzweckhalle für Bewegungstherapie und Veranstaltungen, Sportplätze, den Sozialbereich mit Kneipe und Laden. Sie besuchten auch eine Wohngruppe (acht Patienten) mit Küche, Aufenthaltsräumen und Ein- sowie Zweibettzimmern.

Über die 120 (männlichen) Patienten teilte der ärztliche Leiter mit, etwa ein Drittel leide an Psychosen, zwei Drittel an Persönlichkeitsstörungen. Zum therapeutischen Konzept wird nach der dem Ausschluß übergebenen Broschüre von vier Thesen ausgegangen. „Jeder ist behandlungsfähig“ ist These 1 und These 4 lautet: „Das legitime Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft ... muß mit Mitteln befriedigt werden, die den offenkundig therapiefreudigen Aspekt dieser Maßnahmen so gering wie nur irgend möglich wirksam werden lassen.“ Die Maßregel diene der Rehabilitation des Unterbrachten: soweit möglich, solle er geheilt oder sein Zustand so weit gebessert werden, daß er nicht mehr gefährlich werden könne. In den drei bis vier Jahren Regelaufenthalt solle der Patient seine seelischen Störungen erkennen, das gewaltfreie Leben in der Gruppe erlernen und auf das Leben in der Freiheit in einer langen „Abnabelungsphase“ vorbereitet werden.

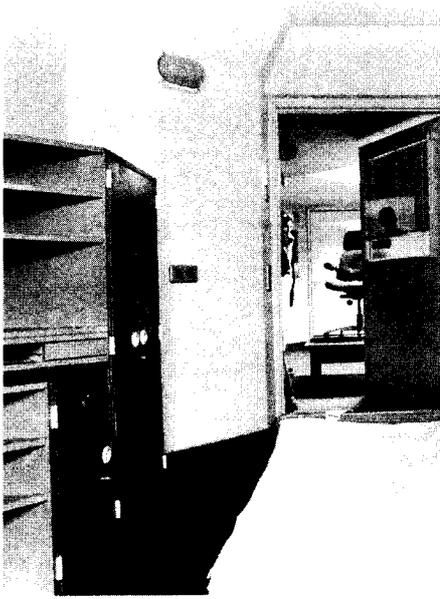
In der Anlage könnten sich die Patienten frei bewegen, teilte der Arzt mit und erläuterte zwei technische Sicherungssysteme an der 5,50 Meter hohen, 1,3 Kilometer langen Mauer, die tiefergelegt ist und den Blick ins Freie erlaubt. Außerdem wirke ein „inter-

nes Alarmsystem“ für soviel soziale Kontrolle, daß Fluchtabsichten dem Betreuungspersonal erkennbar würden. Die bisher zwei Ausbruchversuche seien vorher abgefangen worden. Einem Patienten sei eine raffiniert vorbereitete Flucht in einem Karton gelungen, und mehreren die „Entweichung aus Vollzugslockerung“.

Pro Monat blieben den (arbeitenden) Patienten 200 Mark zur freien Verfügung, erfragten Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Anspargungen für die Zeit danach würden vom Arbeitslohn abgezogen. 140 vollbeschäftigte Betreuerinnen und Betreuer stünden den 120 Patienten zur Verfügung, dazu 35 Beschäftigte ärztlich-therapeutischen Personals, darunter ein Sport- und ein Musiktherapeut. Soviel staatliche Zuwendung wünschten sich andere Bürger in schwierigen Lebenslagen auch, entfuhr es einer Abgeordneten.

In Lippstadt-Eickelborn hätte sich Landesrat Dr. Wolfgang Pittrich (Landschaftsverband Westfalen-Lippe) für die größte deutsche Anstalt für psychisch kranke Rechtsbrecher auch Räume und Gelände wie in Düren gewünscht. Doch die vorhandenen Bauten ließen das nicht zu, und das Geld fehlte. Eickelborn ist mit 300 Plätzen seit vier Jahren überlastet. Zur Zeit seien, teilte der Leitende Arzt Dr. Michael Osterheider mit, 397 Patienten (einschließlich Beurlaubungen) untergebracht.

Dem Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) und den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses bot sich beim Besuch am 10. August ein völlig anderes Bild als in Düren. Um die größtenteils renovierten Altbauten sind fünf Meter hohe Zäune mit Stacheldraht-Kronen, teils in Ypsilon-Form, gezogen. Die Fenster sind vergittert, und in jedem Gebäude befindet sich eine Personenschleuse. Nachdem zwei Straftätern die Flucht dennoch gelungen war, dürfen die Höfe nicht mehr zum Freigang benutzt werden. Statt dessen sorgt ein Wachdienst mit einem jährlichen Aufwand von 1,5 Millionen Mark für die tägliche Dreiviertelstunde an der frischen Luft, auf die die Patienten Anspruch haben. Nun sollen zusätzlich 5,20 Meter hohe neuartige Plexiglas-Stahl-Zäune, unüberwindbar mit gewölbter Krone und Bewegungsmeldern, die Sicherheit gewährleisten, die seit dem Mord eines entwi-



Ständige Überwachung, auch im Maßregelvollzug teilweise nötig.

chenen Sexualstraftäters an einem siebenjährigen Mädchen im Jahr 1994 von der Bevölkerung in der Soester Börde und den örtlichen Politikern besonders eingefordert wird. Allerdings hat die Stadt die Klinik mit einer baulichen Veränderungssperre verhängt, so daß die weitere Umzäunung zur Zeit nicht vorgenommen werden kann.

Künftige Planungen und ausreichende Mittel aus dem Landeshaushalt gehören jedoch nicht zum Auftrag des Untersuchungsausschusses, wie Vorsitzender Moron betonte. Die Ausschußmitglieder besuchten Patientengruppen, die ihren „Haushalt“ nach Auskunft von Pflegeleiter Wolfgang Trampe selbst planten. Den Abgeordneten wurde auch die Einzelzelle, „Intensivbetreuungsraum“ genannt, gezeigt, die bei Überbelegung für die „normale“ Maßregel genutzt werden muß, wie Kunsttherapie, in der, von einer jungen Therapeutin geleitet, kreative Beschäftigung mit allen möglichen Materialien eingeübt wird.

Als Besonderheit von Eickelborn wurde der Aufnahme- und Diagnostikbereich (60 Plätze) vorgeführt, in dem alle Verurteilten ein bis zwei Jahre lang beobachtet und zur Therapie motiviert werden. Hier sei die gesamte Bandbreite der Erkrankungen zu begutachten, teilte die Leiterin mit: Psychotiker, Intelligenzgeminderte, Persönlichkeitsgestörte und Süchtige, bevor sie den nach Vollzugsarten und Therapien getrennten Häusern zugewiesen würden. Ja, Sexualstraft- und Triebtaten nähmen zu, antwortete sie, auch die schwierigste Gruppe, die der „dissozialen Persönlichkeiten“ wachse.

Beiläufig erwähnte Probleme mit Gutachten lösten eine der zahlreichen Fragen des CDU-Sprechers im Untersuchungsausschuß, Hermann-Josef Arentz, aus: nach dem Beginn der in Eickelborn geplanten „Gutachter-Qualifikationsschmiede“. Dr. Pittrich antwortete, das Erlernen forensischer Gutachten an dem neuen Weiterbildungsinstitut sei erst ab 1999 möglich.

Abschließend wandte sich der Beiratsvorsitzende Pastor Wörmann gegen Angstkampagnen, „auch von Politikern“, und sagte, der Maßregelvollzug müsse als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden.

Gesetzgebung zum Maßregelvollzug in NRW

Vor dem Maßregelvollzugsgesetz NRW, das im Januar 1985 in Kraft trat, hatte es erhebliche Mängel bei der Unterbringung von verurteilten, psychisch erkrankten Straftätern gegeben. Der Grundgedanke war, über den Schutz und die Sicherheit der Allgemeinheit hinaus verstärkt psychisch kranke Rechtsbrecher zu behandeln und zu resozialisieren. Diese doppelte Aufgabe wurde als Pflichtaufgabe den Landschaftsverbänden auf Kosten des Landes übertragen. 1994 wurde das Maßregelvollzugsgesetz NRW ergänzt. Nach dem Mord an einem siebenjährigen Mädchen 1994 erstellte eine Kommission ein Gutachten über Sexualstraftäter im Maßregelvollzug. Der zuständige Landtagsausschuß führte im November 1996 eine Expertenanhörung durch. Im März 1998 übergab das Kabinett den Landschaftsverbänden einen Referentenentwurf zur Novellierung des Maßregelvollzugsgesetzes zur Anhörung.

Die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe verfügen an sieben Standorten über derzeit 1101 Plätze für den Maßregelvollzug. Um den Aufnahmepressure zu bewältigen, wurden zahlreiche Patienten in Einrichtungen der Alltagspsychiatrie untergebracht. Weitere 127 Plätze sind geplant.

Seit 1990 hat es, so berichtet das NRW-Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, acht schwere Straftaten durch Maßregelvollzugspatienten gegeben, wobei die mutmaßlichen Verbrechen des aus Düren entflohenen Bernd Büch 1998 noch nicht mitgezählt sind. Die Hälfte der Opfer sind Mitpatienten oder Pflegekräfte. Von den 171 Patienten flohen bis Ende 1997 249 Straftä-

ter. Im April 1998 waren noch 33 entwichene Maßregelvollzugspatienten „abgängig“. Es werde, soweit es sich um Ausländer handele, damit gerechnet, daß diese sich in ihre Heimatländer abgesetzt hätten, teilt das Ministerium dem Untersuchungsausschuß mit.

Mit einem Pflegesatz von 434 Mark liegt NRW auf dem zweiten Platz unter den deutschen Flächenländern. Im Landeshaushalt waren 1993 128 Millionen Mark Zuwendungen an die Landschaftsverbände für 954 Patienten (1992) veranschlagt. 1997 waren es 190 Millionen Mark. Das Gesundheitsministerium errechnete jährliche Kosten von durchschnittlich 135 000 Mark pro Patient (1993), die bis 1997 auf 168 000 Mark stiegen.

Öffentliche Anhörung Technologietransfer in NRW

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hört in öffentlicher Sitzung am 26. August ab 10 Uhr sechs Experten zum Thema „Technologietrans in NRW“. Eingeladen wurden: Diplomvolkswirt Günter Schöppe (Institut für Umwelttechnologie), Dr. Thomas Becker (TaT Rheine), Professor Dr. Erich Staudt (Ruhr-Universität Bochum), Diplomgeograph Wolf-Thomas Nußbruch (Transferstelle Gesamthochschule Duisburg), Professor Dr. Rolf Sternberg (Universität Köln), Hans Georg Crone-Erdmann (Kammervereinigung NRW).

Die Landesregierung wurde vom Ausschuß gebeten, zur Vorbereitung der Anhörung die Anzahl der Transferstellen, Höhe und Herkunft der Finanzmittel und die teilnehmenden Unternehmen und Branchen mitzuteilen. In der Bestands-

aufnahme sollen die Effizienz bestehender Transferstellen, Erfolge und Probleme, die Patentpolitik, ihre Funktion bei der Wirtschaftsförderung und für die Beschäftigungspolitik sowie mögliche neue Ansätze dargelegt werden.



Das „Schnupperangebot“ für den ICE in NRW sei wegen der Katastrophe in Eschede nicht möglich gewesen, teilte Bereichsleiter Hartmut Herdan (Deutsche Bahn AG, r.) der Parlamentarischen Gruppe Bahn kurz vor der Sommerpause des Landtags mit. Für den Bahn-Fernverkehr in NRW hatte er dennoch neue Angebote im Sommerfahrplan parat, etwa den Urlaubsexpress aus NRW nach Mecklenburg-Vorpommern (Wolgast), mehr Autoreisezug-Kapazität, ein „Sommer Spezial“ von 69 Mark für Städteverbindungen. Die Parlamentarier trugen ihm unter Leitung des Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD, l.) auch Beschwerden über schlechtere Verbindungen und Anschlüsse an den Nahverkehr vor.

Foto: Schälte